

Wie viel Moral braucht der Sex?Zwischen Heiligkeit und Sünde: Die Last mit der Lust. **Seiten 3, 4****Gott zahlt Mindestlohn**Theologin Christina Bruderek über göttliche und irdische Gerechtigkeit. **Seite 6**Rheinischer
MERKUR**„Es brennt, Brüder, es brennt!“**Reflexionen über jüdische Angst und deutsche Gemütlichkeit. **Seite 2****SEIN MOTIV: STEFAN RAAB****König der Kotelettkönige**

Pünktlich zum Beginn der fünften Jahreszeit, am 11.11., stellt Stefan Raab seine neue Schau vor: „Absolute Mehrheit. Meinung muss sich wieder lohnen“. Darin liefern sich Politiker, „Promis“ und „Normalbürger“ Rede-Wettkämpfe über politische Themen. Wer mehr als 50 Prozent der Zuschauer auf seine Seite bringt, erhält 100 000 Euro. Populismus? „Wenn einer wie der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt bei uns 100 000 Euro abräumt, wäre er doch im Berliner Betrieb zwei Wochen lang King of Kotelett“, sagte Raab dem „Spiegel“. Er selber, der gelernte Metzger, ist der King of Kotelettkings. Die Galionsfigur des Dödel-Fernsehens ist sich für nichts zu schade. Raab kann Musik, Satire, Sport, Trash. Wieso nicht auch Politik? Was Raab anfasst, wird zu Raab.

Sein Abitur machte er als Jesuitenschüler, sein Geld macht er als Image-Rabauke. Der Meister des Verlachens ist klüger als seine Zuschauer. Raabs neue Show wird gleichzeitig mit Günther Jauchs Talkrunde gesendet. Raab sucht den Zweikampf, er will gewinnen, immer. Dafür fährt er Wok-Rennen, dafür lässt er sich die Nase brechen. Der Sieg ist sein Credo. Wird Politik nun primitiv? Wer in Deutschland die Leute durch Reden zu gewinnen weiß, macht sich verdächtig, viele Politiker können nicht nur nicht reden, sie versuchen es erst gar nicht. Dabei wäre es ihr Beruf. „Beredsamkeit ist die Kunst, so von den Dingen zu sprechen, dass jedermann gern zuhört“, sagt Blaise Pascal. Rhetorik ist eben die Kunst der Wirkung. Und mit Wirkung kennt Raab sich aus. Er hat das Gespür des Dompteurs, er weiß: Für 100 000 Euro werden sich alle Mühe geben beim Reden, besonders die Politiker. Am Ende gewinnt sowieso der eine. Über kurz oder lang werden sie ihn feiern, als Retter der politischen Rede, als Helden der Demokratie. Kaum zu schlagen, der Raab. *Hans-Joachim Neubauer*

FOTO: HERMANN J. KNIPPERTZ



Auf zum letzten Geschlecht

SPLITTING Die Ehe als Auslaufmodell? Von wegen! Die angestrebte Gleichstellung von traditionellem Bund fürs Leben und homosexuellen Partnerschaften ist zwar politisch korrekt, aber sachlich falsch

Von Astrid Prange

Die Ehe ist tot, es lebe die Ehe! Die altmodische Institution erlebt einen zweiten Frühling. Sie scheint auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften eine ganz besondere Anziehungskraft auszuüben. Seit 2001 dürfen auch Paare aus zwei Frauen oder zwei Männern den Bund fürs Leben schließen. Seitdem kämpfen sie um ihre rechtliche Gleichstellung. Nun sind sie fast am Ziel: In wenigen Monaten wird das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob auch Homo-Ehen in den Genuss des Ehegattensplittings kommen und das Recht haben, Kinder zu adoptieren.

Doch ist der Streit um das Ehegattensplitting wirklich das letzte Gefecht für und wider die altherwürdige Institution Ehe? Sind nichteheliche Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtliche Partnerschaften heute wirklich fast so normal wie der konventionelle Bund fürs Leben? Die Versuchung ist groß, in den Abgang einzustimmen. Doch die regelmäßig aufgestellte Behauptung, die Ehe sei ein Auslaufmodell, erweist sich bei näherer Betrachtung als falsch. Sie lässt sich nicht mit anderen Lebensformen in einen Topf werfen. Und ein Ersatz ist trotz Patchworkfamilien nicht in Sicht.

2011 lebten nach offiziellen Angaben noch immer 71 Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern in ehelicher Gemeinschaft. Und vom Ehegattensplitting profitiert zu 90 Prozent die traditionelle Mutter-Vater-Kind-Familie, wie eine Studie des Finanzministeriums belegt. Auch wenn die Zahl der Trauungen auf dem Standesamt seit 1950 abnimmt, bleibt die Ehe für die große Mehrheit der Bevölkerung somit weiterhin die Keimzelle der Familie und des Staates.

Zugegeben: Die Verteidigung der Ehe klingt unmodern. Schließlich haben sich neben ihr viele andere Beziehungsformen etabliert. Immer mehr Frauen erziehen ihre Kinder lieber alleine als in der Gemeinschaft mit einem ungeliebten Part-

ner. Viele Paare gestehen sich irgendwann das Ende ihrer Liebe ein und versuchen einen Neuanfang, statt wie ihre Eltern unglücklich im Bund der Ehe zu verharrten. Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen stellt sich daher die Frage, ob der Gesetzgeber einfach alle Lebensformen gleichermaßen fördern sollte. Ja, hat er überhaupt das Recht, menschliche Beziehungen unterschiedlich zu bewerten und zu begünstigen?

Noch stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Und das ist gut so. Denn trotz zunehmender Scheidungsraten hat sich die Ehe

im Vergleich zu allen anderen Lebensformen bisher als relativ stabil erwiesen. Aus ihr erwächst der gesellschaftliche Nachwuchs. Sie schlägt die Brücke zwischen den Generationen, denn durch das Jawort wachsen nicht nur zwei Menschen, sondern zwei verschiedene Familien, zunehmend auch aus unterschiedlichen Ländern und Kontinenten, zusammen. Die Ehe vermittelt einen Blick, der über den kleinfamiliären Tellerrand bis zum Onkel in Amerika oder der Schwägerin im Kloster hinausreicht. Es ist deshalb mehr als gerecht, dass Eltern, die wegen der Erziehungsarbeit häufig auf ein höheres Ein-

kommen verzichten, in den Genuss der steuerlichen Begünstigung kommen. Natürlich gründen nicht alle Ehepaare eine Familie, auch wenn dies dem Staat lieb wäre. Doch dafür alle Heiratswilligen zu bestrafen und das Splitting komplett abzuschaffen, wie es manche Politiker fordern, ist auch keine Lösung.

In jüngster Zeit löst das Wort „Ehe“ bei Politikern regelmäßig Adrenalinschübe aus. Die Grünen etwa betrachten die Ausweitung des Ehegattensplittings auf homosexuelle Paare als eine „Selbstverständlichkeit“. Gleichzeitig allerdings wollen sie genau dieses Ehegattensplit-

ting zugunsten einer Kindergrundsicherung abschaffen. Die Liberalen hingegen gingen mit dem Zeitgeist: 2001 stimmten sie gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz, das die rot-grüne Regierung im Bundestag einbrachte. Mittlerweile drängen sie auf eine rechtliche Gleichstellung.

Bei den Christdemokraten wagten sich kürzlich 13 Abgeordnete aus der Deckung, allen voran Familienministerin Kristina Schröder: Auch Schwule und Lesben lebten konservative Werte, wenn sie in einer Partnerschaft Verantwortung übernahmen, erklärte die verheiratete Ministerin und Mutter. Das Argument

reicht für eine rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare nicht aus. Denn nicht nur sie übernehmen Verantwortung füreinander, auch Mütter und Töchter, die ihre Familienangehörigen pflegen, tun dies. Verantwortung übernehmen auch die alleinerziehenden Mütter und Väter oder die unverheirateten Paare für ihre Kinder. Auch sie müssten dann in den Genuss des Splittings kommen. Also Splitting für alle?

Die erbitterte Debatte zeigt: Befürworter und Gegner überschätzen die Wirkung des Splittings gleichermaßen. Schließlich konnte es auch verheiratete Mütter nicht davon abbringen, arbeiten zu gehen, wie die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen. Danach stieg die Quote erwerbstätiger Mütter zwischen 2005 und 2009 von 67 auf 77 Prozent. Das Alleinerntermodell hat also trotz des Ehegattensplittings auch in Deutschland ausgedient. Auch homosexuellen Paaren brächte die steuerliche Begünstigung in der Praxis wahrscheinlich wenig Entlastung. Der Grund: In den meisten Fällen sind beide Partner berufstätig. Die gemeinsame Veranlagung und das Splitting zahlen sich aber nur aus, wenn einer der Partner wesentlich weniger verdient als der andere. Das gilt übrigens auch für verheiratete Doppelverdiener.

Die Überbewertung des Splittings ist die Kehrseite vom Abgang auf die Ehe. Statt eine Lebensform zu stärken, die für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hierzulande ein Ideal darstellt, stimmen Politiker und Parteien das Hohelied der vielfältigen Lebensformen an. Es wäre besser, zu differenzieren, statt alles in einen Topf zu werfen. Unterschiedliche Beziehungen ließen sich bedarfsgerecht fördern. Denn nicht nur die Ehe braucht einen verlässlichen Rechtsrahmen, auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Familien ohne Trauschein. Kinder dürfen nicht für die Lebensform ihrer Eltern bestraft und gleichgeschlechtliche Paare nicht diskriminiert werden. Eine politisch korrekte Gleichbehandlung hilft niemandem.

**BRIEF AN DIE BUNDESKANZLERIN**

BETR.: ROBBENSTERBEN

Liebe Frau Merkel,

wenn Sie meinen Brief lesen, ist der „Judgement Day“, wie die „Financial Times“ diesen Mittwoch nennt, vorbei. Das Bundesverfassungsgericht und sein Präsident Voßkuhle haben über den Europäischen Stabilitätsmechanismus und den sogenannten Fiskalpakt geurteilt. Diesem Richterspruch kommt in der Tat eine schicksalhafte Bedeutung zu.

Die Medien waren schon Tage zuvor voll mit Spekulationen über den möglichen Ausgang. Beim Publikum aber nehme ich eher ein nervöses Desinteresse am Thema Europa wahr. Die Euro-Krise währt schon viel zu lange, um noch politische Leidenschaften wecken zu können. Und die Mahner und Warner müssen sich einmal mehr des Vorwurfs erwehren, wenige Exzentriker zu sein, die sich der historischen Entwicklung in den Weg zu stellen versuchen. Auch hier scheint also jene „asymmetrische Demobilisierung“ zu funktionieren, die Ihre Mannheimer Hofdemoskopen empfohlen haben, um der deutschen Öffentlichkeit auch noch den letzten Rest an politischem Bekennermut auszutreiben. So gehen wir in diesen Judgement Day mit der Grundhaltung des deutschen Bürgertums, eh nichts ändern zu können. Hauptsache, man wird nicht zur Verantwortung gezogen.

Aber ich weiß, liebe Frau Merkel, dass noch ganz andere Sorgen Sie umtreiben. Nach Ihrem Urlaub meldet sich die eigentlich schon totgegläubte Innenpolitik wieder zu Wort, und Sie haben plötzlich nicht nur eine Energiedebatte am Hals, sondern auch noch einen Rentenstreit. Wie unangenehm! Was die Sache aber noch schlimmer macht, ist der Umstand, dass sich Ihre einstige Wunderwaffe Ursula von der Leyen immer mehr in eine „loose cannon“ zu verwan-

deln scheint. Dabei war der ursprüngliche Plan, der SPD rechtzeitig vor dem Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr die sozialen Themen streitig zu machen, durchaus listig ausgedacht. Sie selbst, liebe Frau Merkel, hätten ihn wohl nur etwas geschickter in Szene gesetzt als Ihre Arbeits- und Sozialministerin. Und Widerspruch auf offener Bühne mögen Sie schon gar nicht. Also könnte Frau von der Leyen wohl die Nächste sein, die ins Glied zurücktreten muss. Aber wie oft hat man Ihnen das politische Robbensterben in Ihrer Partei schon vorgeworfen?

Viel spannender wäre doch stattdessen, auf wen Sie künftig setzen werden. Und wer Ihr neuer Hoffnungsträger wird. Mir fällt da derzeit nur Verteidigungsminister Thomas de Maizière ein, der in vielen Sätteln reiten kann; der Ihr Vertrauen genießt, aber eigenständig ist; der die Stammillies Ihrer Partei anspricht, aber keiner Koalition im Wege stünde. Ich würde mich nicht wundern, liebe Frau Merkel, wenn Sie den Bundestagswahlkampf mit einer unerwarteten Personalrochade eröffnen würden. Das wäre eine neue Merkel: Sie räumt nicht ab, sondern bringt Leute nach vorn.

Johann Michael

Johann Michael Möller ist Hörfunkdirektor des MDR.

Den „Brief an die Bundeskanzlerin“ schreiben die politischen Publizisten Michael Rutz, Nikolaus Brender und Johann Michael Möller im Wechsel.

